

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Einleitung	1
<i>I. Die Europäische Fusionskontrolle im Kontext des europäischen Wettbewerbsrechts</i>	1
<i>II. Forschungsstand</i>	3
<i>III. Fragestellung, Erkenntnisinteresse, Quellen</i>	8
Kapitel 1: Das Ringen um die wettbewerbsrechtlichen und -politischen Grundlagen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bis 1962	13
<i>I. Die Aushandlung des gemeinsamen Wettbewerbsrechts des EWG-Vertrags</i>	14
<i>II. Die Durchsetzung der Kommission als Wettbewerbsbehörde</i>	30
<i>III. Zusammenfassung</i>	52
Kapitel 2: Der Anstieg der Unternehmenskonzentrationen und die Debatten um die Einführung einer gemeinschafts- übergreifenden Zusammenschlusskontrolle in den 1960er Jahren	55
<i>I. Das Problem der Unternehmenskonzentration auf dem Gemeinsamen Markt</i>	56
<i>II. Der Paradigmenwechsel der Kommission</i>	67
<i>III. Zusammenfassung</i>	90

Kapitel 3: Die „Continental-Can-Entscheidung“ als Auslöser für den Rechtsetzungsprozess einer Europäischen Fusionskontrolle	93
I. Die Entscheidung der Kommission	95
II. Das Auseinanderfallen von wettbewerbspolitischem Anspruch und wettbewerbsrechtlichen Möglichkeiten. Das gerichtliche Verfahren im Fall Continental Can	103
III. Das EuGH-Urteil als Auslöser für den Rechtsetzungsprozess	117
IV. Zusammenfassung	125
Kapitel 4: Erste Versuche der Implementierung einer Fusionskontrollverordnung	129
I. Der „Ur-Vorschlag“ der Kommission von 1973	130
II. Die Resonanz auf den Verordnungsvorschlag	145
III. Zusammenfassung	160
Kapitel 5: Die langen Verhandlungen während der 1970er Jahre	163
I. Die ersten Verhandlungen auf Gemeinschaftsebene	164
II. Der Verordnungsvorschlag und die Entwicklungen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre	175
III. Zusammenfassung	191
Kapitel 6: Die „Philip-Morris-Entscheidung“ und der Erlass der Fusionskontrollverordnung	193
I. Resignation und Neubeginn. Der Verordnungsvorschlag Anfang der 1980er Jahre	194
II. Das „Philip-Morris-Urteil“ des EuGH als Wendepunkt für die Verhandlungen	204
III. Das finale Aushandeln und der Erlass der Fusionskontrollverordnung	215
IV. Zusammenfassung	231

<i>Inhaltsübersicht</i>	IX
Ergebnisse	235
Quellen- und Literaturverzeichnis	239
<i>I. Unveröffentlichte Quellen</i>	239
<i>II. Gedruckte Quellen und Literatur</i>	240
Register	259

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Einleitung	1
<i>I. Die Europäische Fusionskontrolle im Kontext des europäischen Wettbewerbsrechts</i>	1
<i>II. Forschungsstand</i>	3
<i>III. Fragestellung, Erkenntnisinteresse, Quellen</i>	8
Kapitel 1: Das Ringen um die wettbewerbsrechtlichen und -politischen Grundlagen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bis 1962	13
<i>I. Die Aushandlung des gemeinsamen Wettbewerbsrechts des EWG-Vertrags</i>	14
1. Der „Spaak-Bericht“ als Grundlage für die Verhandlungen	15
2. Unterschiedliche Ausgangspunkte. Die Lokalisierung der Verhandlungspositionen um das gemeinsame Wettbewerbsrecht ...	19
3. Unüberwindbare Schwierigkeiten? Der Aushandlungsprozess der wettbewerbsrechtlichen Artikel	22
4. Der EWG-Vertrag im Kontext der Verhandlungspositionen	25
5. Nationale Interessen als Triebkräfte der Konflikte	28
<i>II. Die Durchsetzung der Kommission als Wettbewerbsbehörde</i>	30
1. Erste Probleme bei der Entwicklung einer gemeinsamen Wettbewerbspolitik	32
2. Die Verordnung 17/62 und der Beginn einer gemeinsamen europäischen Wettbewerbsaufsicht	36
3. Die ordoliberalen Prägung des gemeinsamen Wettbewerbsrechts	44
a) Das Wettbewerbsrecht als „Koordinationsinstrument des Gemeinsamen Marktes“	44
b) Das „Hallstein-und-von-der-Groeben-Netzwerk“. Juristen und Ökonomen der „Freiburger Schule“ und ihr Einfluss auf die Verordnung 17/62	48

<i>III. Zusammenfassung</i>	52
 Kapitel 2: Der Anstieg der Unternehmenskonzentrationen und die Debatten um die Einführung einer gemeinschafts- übergreifenden Zusammenschlusskontrolle in den 1960er Jahren	55
<i>I. Das Problem der Unternehmenskonzentration auf dem Gemeinsamen Markt</i>	56
1. Gründe gegen die Einführung einer Fusionskontrolle in den EWG- Vertrag	56
2. Die Bewertung von Unternehmenskonzentrationen in der Gemeinschaft Anfang der 1960er Jahre	60
3. „Merger Waves“.Der Anstieg der Unternehmenszusammenschlüsse in den 1960er Jahren	63
4. Die Einführung einer Fusionskontrolle in Deutschland	66
<i>II. Der Paradigmenwechsel der Kommission</i>	67
1. Entwicklung eines Problembewusstseins auf Gemeinschaftsebene	68
2. Expertengutachten	70
3. Die „Flucht in die Konzentration“ und Art. 85, 86 EWG-Vertrag als Fusionskontrollvorschriften	74
4. Die Positionierung der Kommission – das Konzentrationsmemorandum von 1966	75
a) Der Anstieg der Unternehmenskonzentrationen	75
b) Die Anwendbarkeit von Art. 85, 86 EWG-Vertrag auf Zusammenschlüsse	77
c) Art. 86 EWG-Vertrag als Fusionskontrollinstrument	81
5. Die akademische Debatte um die Anwendung der Art. 85, 86 EWG- Vertrag	82
a) Art. 85 EWG-Vertrag	83
b) Art. 86 EWG-Vertrag	86
6. Die wettbewerbsrechtliche und -politische Bewertung von Unternehmenskonzentrationen Ende der 1960er Jahre	89
<i>III. Zusammenfassung</i>	90
 Kapitel 3: Die „Continental-Can-Entscheidung“ als Auslöser für den Rechtsetzungsprozess einer Europäischen Fusionskontrolle	93
<i>I. Die Entscheidung der Kommission</i>	95
1. Der Sachverhalt	95
2. Die Entscheidungsbegründung	97

3. Die Bestätigung des Konzentrationsmemorandums. Art. 86 EWG-Vertrag als Mittel zur strukturellen Fusionskontrolle	100
<i>II. Das Auseinanderfallen von wettbewerbspolitischen Anspruch und wettbewerbsrechtlichen Möglichkeiten. Das gerichtliche Verfahren im Fall Continental Can</i>	103
1. „Gesetzesändernde Auslegung“? Die Klageschrift als Antwort auf die Entscheidung	103
2. Die Schlussanträge des Generalanwalts <i>Karl Roemer</i>	107
3. Das „Continental-Can-Urteil“ des EuGH	110
4. Reaktionen aus der Rechtswissenschaft	114
<i>III. Das EuGH-Urteil als Auslöser für den Rechtsetzungsprozess</i>	117
1. Die praktische Umsetzbarkeit der „Continental-Can-Doktrin“	119
2. Die „Continental-Can-Doktrin“ als „Wink mit dem Zaunpfahl“? Art. 86 EWG-Vertrag und die Verordnungskompetenz der Kommission	121
<i>IV. Zusammenfassung</i>	125
Kapitel 4: Erste Versuche der Implementierung einer Fusionskontrollverordnung	129
<i>I. Der „Ur-Vorschlag“ der Kommission von 1973</i>	130
1. Das Fusionskontrollregime des Verordnungsvorschlags	130
a) Die Aufgreifkriterien	131
b) Die Eingreifkriterien	131
c) Anmeldepflicht und Kontrollverfahren	132
2. Bestehende Fusionskontrollregime als „Blaupausen“ für den Verordnungsvorschlag	133
3. Die wettbewerbspolitische Begründung der Kommission	138
4. Die europäische Integration Anfang der 1970er Jahre und ihre Auswirkungen auf die Erfolgsaussichten des Verordnungsvorschlags	141
<i>II. Die Resonanz auf den Verordnungsvorschlag</i>	145
1. Mehr Rechtssicherheit. Die Forderungen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Europäischen Parlaments	145
2. Die Resonanz auf den Verordnungsentwurf in Deutschland und die Lokalisierung der Verhandlungspositionen für die Gemeinschaftsebene	149
a) Die Auffassung des Bundeswirtschaftsministeriums	150
b) Der Vermerk des Bundeskartellamts	154
c) Analyse und Vergleich der Vermerke	157

<i>III. Zusammenfassung</i>	160
 Kapitel 5: Die langen Verhandlungen während der 1970er Jahre	163
<i>I. Die ersten Verhandlungen auf Gemeinschaftsebene</i>	164
1. Rechtliche und politische Kritik am Verordnungsvorschlag von 1973	164
2. Die Position der Kommission innerhalb der Debatte	168
3. „Bescheidene Erfolgsaussichten“. Die Bewertung des Verordnungsvorschlags nach den ersten Verhandlungen im Bundeswirtschaftsministerium	170
4. Die rechtlichen Anknüpfungspunkte innerhalb der Verordnung für die Debatten	172
<i>II. Der Verordnungsvorschlag und die Entwicklungen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre</i>	175
1. Forderungen aus dem Europäischen Parlament	176
2. Die Integrationsentwicklungen Mitte der 1970er Jahre	180
3. Die Gefahren einer industriepolitischen „Minimallösung“ und die Neuausrichtung der deutschen Verhandlungsstrategie	181
a) Isolation auf Gemeinschaftsebene. Die Fusionskontrolle des GWB und ihr Einfluss auf die deutsche Verhandlungsposition	183
b) Die Debatten um den Kurswechsel für die Verhandlungen. Nationale Pfadabhängigkeiten versus integrationspolitischer Druck	186
<i>III. Zusammenfassung</i>	191
 Kapitel 6: Die „Philip-Morris-Entscheidung“ und der Erlass der Fusionskontrollverordnung	193
<i>I. Resignation und Neubeginn. Der Verordnungsvorschlag Anfang der 1980er Jahre</i>	194
1. Die Instrumentalisierung der „Continental-Can-Doktrin“ als Druckmittel für die Verhandlungen	196
2. Integrationspolitischer Neuanfang. Die Einheitliche Europäische Akte und das Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes	200
<i>II. Das „Philip-Morris-Urteil“ des EuGH als Wendepunkt für die Verhandlungen</i>	204
1. Sachverhalt und Entwicklungen vor dem Urteil	205
2. Die Leitsätze des Urteils	206
3. Continental Can 2.0? Die wettbewerbsrechtliche und -politische Einordnung der Leitsätze	208

4. Die Kritik der Rechtswissenschaft	210
5. Die Auswirkungen des Urteils auf den Rechtsetzungsprozess der Fusionskontrollverordnung	213
<i>III. Das finale Aushandeln und der Erlass der Fusionskontrollverordnung</i>	215
1. Die „Philip-Morris-Doktrin“ als wettbewerbsrechtliches Druckmittel	216
2. Die politischen Debatten	219
a) Erste Annäherungen	220
b) Die „britisch-deutsche-Einigkei“. Gemeinsame Positionen als Mittel zur Interessendurchsetzung	223
3. Die Fusionskontrollverordnung von 1989 – wettbewerbliche Ausrichtung mit industriepolitischem Zugeständnis	227
<i>IV. Zusammenfassung</i>	231
Ergebnisse	235
Quellen- und Literaturverzeichnis	239
<i>I. Unveröffentlichte Quellen</i>	239
<i>II. Gedruckte Quellen und Literatur</i>	240
Register	259